

Verkaufspreis: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Hg.,  
Reklamen 50 Hg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch den 2. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis  
im Orts- u. Nachbarortbezirk RM. 2.75, im Fernort RM. 2.85, Beleggeld 30 Hg.

## Nach der Annahme der Friedensbedingungen.

### Nur ein französischer Geschäftsträger für Deutschland.

Bern, 1. Juli. Wie die „Basler Nachrichten“ aus Paris melden, wird Frankreich wegen der Unbeständigkeit der deutschen Regierung in Berlin nur einen Geschäftsträger ernennen.

### Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

\* Bern, 1. Juli. Ein stark zensurierter Artikel des „Populaire“ beschäftigt sich mit dem Los der deutschen Kriegsgefangenen im Westgebiet. Die Gefangenen seien unglücklich wie die Steine. Die Ernährungsverhältnisse seien furchtbar. Die Zensur hat bei diesem Abschnitt des Artikels nur den Vergleich mit den gelben Arbeitern, die in der gleichen Gegend sich befinden, stehen lassen. — (Diese Kriegsgefangenen werden uns ein lebendes Erinnerungsbild an die Kulturhöhe der Franzosen sein.)

### Trauer in Memel.

Berlin, 2. Juli. Laut einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat die Stadt Memel zum Zeichen der Trauer über ihre Abtrennung vom Vaterlande die Flaggen halbmast gehißt.

### Eine offizielle Erklärung zur Hungerblockade.

Berlin, 1. Juli. Von zuständiger Stelle wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: In Nr. 310 der Harbensch „Zukunft“ ist die Behauptung aufgestellt, der ehemalige Direktor des Auswärtigen Amtes, Dr. Kriege, habe stets zugegeben, daß die von England gegen uns verhängte sogenannte Hungerblockade ein völkerrechtlich erlaubtes Kriegsmittel sei. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Umgekehrt hat Dr. Kriege mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die englische Blockade in schärfstem Widerspruch zu den Bestimmungen der Pariser Seerechtsdeklaration und der Londoner Kriegserklärung stehe, demnach allem Völkerrecht wie aller Menschlichkeit ins Gesicht schlage. In diesem Sinne sind auch die von ihm an die Feinde, wie an die Neutralen gerichteten Noten verfaßt worden. Ebenso wurde unsere Presse von ihm wiederholt entsprechend informiert. Unrichtig ist auch die im Zusammenhang mit jener Stelle gebrachte Angabe, daß England auf der 2. Haager Friedenskonferenz auf das Kriegsmittel der Blockade habe verzichtet wollen. England hat vielmehr an diesem Kriegsmittel stets mit aller Energie festgehalten, während Deutschland auf jener Konferenz bekanntlich das Beuterecht und Blockaderecht aufheben wollte.

### Zur Frage der Auslieferung des Kaisers.

In der Frage der Auslieferung des Kaisers melden einige Blätter, daß die Niederlande sich der Auslieferung nicht widersetzen würden, wenn sie vom Völkerbund gefordert würde und der frühere Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden würde. Zu den Meinungen einer juristischen Autorität, der in der „Evening News“ zitiert, der aus den fünf Großmächten zusammengesetzte Gerichtshof habe die Pflicht und die Befugnis, dem Kaiser die nach seiner Ansicht vermittelte Strafe — und wenn es selbst die Todesstrafe wäre — aufzuerlegen, bemerkt der „Berl. Bot.-Anz.“, ein Jurist sollte doch soviel wissen, daß es jedem Recht widerspricht, den Ankläger zum Richter zu machen und daß es ein rechtliches Unbild ist, jemanden wegen einer Straftat vor Gericht zu stellen, die erst eigens konstruiert werden muß, um den Angeklagten überhaupt verurteilen zu können.

### Der deutsche Kronprinz aus Holland entwichen?

(W.V.) Weiffel, 1. Juli. (Havas.) Das Blatt „Le Soir“ veröffentlicht folgende Meldung, die wir unter allem Vorbehalt wiedergeben: Eine diesmal sichere Nachricht, auf Grund eines in Amsterdam eingetroffenen Telegramms meldet uns, daß der Kronprinz am Sonntag aus Wieringen mittels eines Schiffes oder Automobils entwichen ist.

### Die „Kulturnationen“.

Spana, 30. Juni. Obwohl den englischen und den belgischen Behörden bekannt war, daß der Abtransport des Hauptteils der Waffenschatzkammer heute abend 9 Uhr erfolgen werde, haben sie starke deutschfeindliche Kundgebungen und Ausschreitungen vor dem Hotel, in den Straßen der Stadt und vor dem Bahnhof nicht verhindert. Schreien, Pfeifen, Schreien und feindliche Rufe erfolgten. Es wurden auch einzelne Steine gegen die von dem Hotel abfahrenden Automobils geworfen. Obwohl einige kleinere Steine die Windschutzscheibe eines Automobils wurde zertrümmert. Die Haltung der englischen und belgischen Polizei, sowie der Soldaten war tabellos. Am Bahnhof fand sich der englische General Green persönlich ein. Das

wenig zahlreiche Aufgebot war jedoch gegen die Menge machtlos, die anscheinend von auswärtigen Elementen noch weiter aufgehetzt wurde. Ein von der belgischen Zivilbehörde trotz Ersuchens der belgischen Gendarmerie nicht verbotener Umzug mit Musik trug auch zur Aufreizung der Einwohnerschaft bei. Nach den Vorwissen in Versailles hätten die englischen und belgischen Militärbehörden weit umfassendere Vorkehrungen treffen müssen.

### Zur Abtrennung von Nordschleswig.

Kopenhagen, 30. Juni. Der neue Minister für Schleswig, Hansen, schreibt in seinem Organ „Heimdaal“ über seine Aufgaben u. a.: Sollten sich die letzten Nachrichten aus Paris bestätigen, dann kann die Ratifizierung des Friedensvertrags Ende Juli erwartet werden. Spätestens 31 Tage nach der Ratifizierung wird die Abstimmung in der ersten Zone von Schleswig vorgenommen werden. Wenn alles gut geht, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Frist noch etwas abgekürzt wird. Sobald das Abstimmungsergebnis veröffentlicht ist, hat Dänemark bekanntlich das Recht, Schleswig mit seinen Militär- und Zivilbehörden zu besetzen. Unter den Aufgaben, die in Schleswig zu lösen sind, steht in erster Reihe die Regelung der Volksfrage, die dem dänischen Staate Millionen kosten wird, von der die Existenz vieler Deutsch-Schleswiger abhängig ist. Viele bestehenden Gesetze müssen sofort außer Kraft gesetzt werden und vorläufige, die aus der alten Zeit in die neue hinüberführen sollen, ausgearbeitet werden, damit sie sofort in Kraft treten können; und auch Personenfragen werden zur Entscheidung drängen. So hatten tausende von Aufgaben ihrer Lösung.

Kopenhagen, 30. Juni. Ueber die Ernennung des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Hansen zum dänischen Minister für Schleswig hat Ministerpräsident Thale in einer Rede mitgeteilt, daß bis zur Vorbereitung der Vereinigung des dänischen Teiles von Schleswig mit Dänemark ein Mittelpunkt für diese Arbeiten geschaffen werden müßte. Der neue Minister werde sich diesen Angelegenheiten ganz widmen, an den Ministerberatungen und Reichstagsverhandlungen entscheidenden Anteil nehmen und sich im Namen der Nord-Schleswiger gegenüber dem dänischen Volke und der Rednerbühne des Reichstages aussprechen. Er wird die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark bis zum Ende bearbeiten.

### Die Anerkennung Polens durch die Alliierten.

(W.V.) Paris, 1. Juli. (Havas.) Zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, der Polen diese Gebiete zuspricht.

Der erste Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet Polen, allen Bewohnern Polens Schutz für Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes religiöse Bekenntnis auszuüben, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht in Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatsbürger die bisherigen deutschen und österreich-ungarischen Staatsangehörigen des jetzigen Polens an unter den Vorbehalten, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland und Oesterreich über die Staatsangehörigkeit derer ergeben, die nach einem bestimmten Tage in den in Frage kommenden Gebieten ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter die Garantie des Völkerbundes gestellt. Der Ständige Schiedsgerichtshof wird über Differenzen entscheiden.

Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Alliierten Transparenz und Meißbegünstigung gewähren. Es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen betreffend die Telegraphen, Eisenbahnen, das Sanitätswesen usw. beitreten. Polen wird den dem Völkerbund angehörigen Staaten die gleichen Rechte und Privilegien gewähren. Polen übernimmt schließlich die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle andern finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates. — (Ob letzterer Punkt richtig ist, möchten wir bezweifeln, es wird sich wohl nur um den auf Polen entfallenden Anteil handeln.)

### Der Diktatorenrat in Paris.

Paris, 30. Juni. (Havas.) Der Oberste Rat der Alliierten wird morgen Nachmittag Beschluß fassen über die Arbeitsmethoden, die er künftig hinsichtlich der mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei abzuschließenden Verträge beschließen wird. — Die türkische Delegation hat beschlossen, Frankreich zu verlassen. Sie wird am Mittwoch abreisen. — Verträge — analog den mit den Polen abgeschlossenen, die namentlich die Sicherheiten der Rechte der Minderheiten betreffen — werden mit Rumänien und der Tschechoslowakei abgeschlossen werden. — Infolge des gegenwärtig auf der Friedens-

konferenz geflogenen Meinungsaustrausches zwischen dem belgischen und dem holländischen Minister des Auswärtigen wurde beschlossen, eine internationale Kommission von 14 Mitgliedern zu bestimmen, in der die vier Großmächte, sowie Belgien und Holland mit den zwei Mitgliedern vertreten sind.

### Annähernde Sprache Clemenceaus gegenüber den Arbeitern.

Paris, 30. Juni. Havas meldet: In der gestrigen Kammerführung brachte Clemenceau den Friedensvertrag ein. Die Kammer jubelte ihm zu. Clemenceau begann mit vor Erregung erstickter Stimme. Er führte u. a. aus: Die erste Regelung unserer Seele nach Beendigung des größten Dramas der Geschichte soll ein großes Hoffen Frankreichs und der Welt sein. Die Bedrohung, die die Welt in Todesgefahr brachte, ist umgewandelt in ein Werk des Segens. Der Tag ist gekommen, da das Recht wieder regieren soll für die Sicherheit des Friedens des arbeitenden Volkes. Den Frieden wollen wir zur Ausführung bringen ohne Schwäche, ohne theatralischen Hochmut, mit dem unabänderlichen Entschluß, unserer großen Toten würdig zu bleiben. Der Friede kann aber nur ein wirklicher Friede sein, wenn er nicht durch den Geist der Streitsucht im Innern verraten wird. Der wahre Frieden kann nur durch Arbeit und dauernde Gerechtigkeit errungen werden. Innere Konflikte bedeuten Vergeblichkeit von Energie. Die Geschichte hat klar gesprochen. Alle Tränen, alle Leiden und alle Wunden haben uns erhört und zu besseren Franzosen gemacht. Frankreich steht aufrecht, stark und kräftig, stark im Willen zur Gerechtigkeit, stark in der Tugend seiner großen Soldaten. Frankreichs Wahnsinn ist schlammert nicht. Clemenceau schloß: Nun ans Werk, an die Aufgabe von morgen, die sich an jene von heute und gestern anschließt. Wir sind nicht gerechert worden aus den Händen der Barbaren, um uns im Brudermord zu vernichten. Dem Arbeiter geziemt es, sich zu nähigen und sich zu beherrschen und sich von den verabscheuungswürdigen Schmeichlern zu befreien, die ihm vorreden, daß die Macht absolut sei und daß er ungekraft alles tun dürfe, ohne daß er die Verantwortlichkeit dafür trage. Sie, meine Herren, werden das Werk zu Ende führen, zu dem Sie uns Ihre Mitarbeit bisher nie versagt haben. Die Rede wurde öfters von Weisfall unterbrochen. — (Wenn vor der Resolution so ein deutscher Staatsmann gesprochen hätte, der hätte kein langes politisches Leben gehabt. Aber im „freien“ Frankreich geht das.)

### Befürchtungen in England.

Stockholm, 1. Juli. Wie Branting aus London telegraphiert, werden auch in konservativen Kreisen Stimmen gegen den Friedensvertrag laut. So schreibt Garvin im „Observer“: Gewalt — mag sie sich nun Militarismus oder Volksherrschaft nennen — kann nur ihren eigenen Untergang vorbereiten. Auch in seiner verbesserten Form kann der Friedensvertrag niemals ohne Revision bestehen bleiben. Die Alliierten haben ihren Sieg überkapitalisiert und daher alle reaktionären und anarchischen Kräfte ermutigt. — Den Engländern wird es eben auch heiß ob der Folgen des Gewaltfokens.

### Ein weißer Kabe.

\* Berlin, 2. Juni. Die „Voss. Ztg.“ berichtet, daß das englische Parlamentsmitglied Lee Smith aus der Liberalen Partei ausgetreten ist, um sich der Arbeiterpartei anzuschließen. In seiner Begründung führte er u. a. aus, daß die Friedensbedingungen der Alliierten die Saat zu einem neuen Krieg ausstreuen. Die einzige Hoffnung, die eine sozialistische Regierung aufzurichten müßten, um das Spottbild von einem Frieden zu entfernen.

### Entente-sozialistische Theorie.

Bern, 1. Juli. Wie der „Avanti“ aus Southport erzählt, haben die dort versammelten Delegierten der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens allgemeine Protestumgebungen gegen die reaktionäre Politik in Europa für den 20. und 21. Juli beschlossen.

Bern, 1. Juli. Aus der Sitzung des sozialistischen Seinerbundes zur Diskussion des Friedensvertrages ist nachzutragen, daß die Mehrheit, auf die Gefahr hin, die öffentliche Meinung zu ständalisieren, vorschlug, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Andere Redner betonten, daß der Vertrag nur von England gemacht sei. Auch die Forderung auf Abgabe von 50 000 Milchflühen von Deutschland wurde beanstandet. Zu dem Vorwurfe Kapaports, daß der Versailles Vertrag nur einen neuen Krieg vorbereite, nahmen mehrere Redner Stellung und verlangten grundsätzliche Erörterung des Vertrages in der Partei. „Journal de Geneve“ sagt, der englische Imperialismus gehe allmächtig aus dem Kriege hervor. Der Krieg sei sein Verdienst. Clemenceau habe sich ein Verdienst auch um England erworben.

## Die russischen Teilrepubliken verlangen Anerkennung ihrer Selbstständigkeit durch die Entente.

Berlin, 1. Juli. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Paris haben sich die Delegierten der Staaten, die innerhalb der Grenze des alten russischen Reiches gebildet worden sind, an den Präsidenten der Friedenskonferenz mit einer Erklärung gewandt, in der sie sagen, daß die Vertreter der Republiken Aserbeidschan, Estland, Georgien, Lettland, Nordkaukasus, Aukrasien und Ukraine von den Bedingungen, die die alliierten und assoziierten Mächte der Dmster Regierung auferlegt haben, Kenntnis genommen haben, und im Namen ihrer Regierungen mitteilen, daß die Beschlüsse der Dmster Regierung auf die von ihnen vertretenen souveränen Staaten und die gegenseitigen Beziehungen zwischen ihnen und Rußland keinen Einfluß haben. Sie erklaren die Friedenskonferenz, sofort ihre politische Unabhängigkeit anzuerkennen.

## Aus dem feindlichen Ausland.

### Deutsche im Prager Stadtrat.

(W.B.) Berlin, 2. Juli. In das Prager Stadtparlament sind gestern seit Jahrzehnten zum erstenmal wieder Deutsche eingezogen. Nach der „Wost. Ztg.“ nehmen sie 2 Sitze im Stadtrat ein. — (Bekanntlich war Prag schon vor dem Krieg die Hochburg des Tschechentums.)

### Zusammenstöße zwischen französischen und amerikanischen Matrosen.

Berlin, 2. Juli. Aus dem Haag meldet der „D. V. M.“: Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ bringt die Nachricht, daß es in Vrest zu ersten Zusammenstößen zwischen französischen Marinefeldaten und amerikanischen Matrosen gekommen ist, bei denen es wieder Verwundete gab.

### Die englische Regierung gegen die Verstaatlichung der Kohlenindustrie.

Amsterdam, 1. Juli. Laut „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, daß Bonar Law erklärt hat, daß weder der erste Minister, noch er selbst, noch irgend ein anderer Minister ihr Einverständnis mit der Politik der Verstaatlichung der Kohlenindustrie ausgesprochen hätten.

### Die Zunahme der amerikanischen Handelsflotte.

Amsterdam, 30. Juni. Der Handelskorrespondent der „Times“ meldet aus Washington, daß aus der von dem amerikanischen Handelsamt veröffentlichten Statistik hervorgeht, daß der Anteil der britischen Schiffe am Warenverkehr dauernd im Abnehmen begriffen sei, während der Anteil der amerikanischen Schiffe behändig wachse und daß es wahrscheinlich sei, daß Amerika bald an erster Stelle stehen werde.

### Rückwanderung aus Amerika.

Wie der New Yorker Vertreter des „C. della Sera“, Felice Ferrero, seinem Blatt in längeren Ausführungen mitteilt, tritt in den Kreisen der in Amerika lebenden fremdländischen Arbeiter eine immer mehr um sich greifende Neigung, nach Europa zurückzukehren, in die Erscheinung. Ähnlichen Mitteilungen zufolge haben sich gegenwärtig mehr als 50 000 Einwanderer in die Heimat begeben, die sich in drei Dampfern nach Europa, die stets bis auf den letzten Platz gefüllt sind. Auf die Frage, was die Rückwanderer trotz der hohen Löhne und der sicheren Arbeitsgelegenheit zum Verlassen des Landes bewegt, fallen die Antworten verschieden aus. Der stärkste Beweggrund scheint das vage Gefühl der Unsicherheit und Unruhe zu sein, das allgemein über die Menschheit gekommen ist, und das den Fremden in einem Lande, wo sie nur ausgenutzt und nicht für voll angesehen werden, die Heimkehr zu den eigenen Volksgenossen doppelt wünschenswert erscheinen läßt. Sie versprechen sich von den politischen und sozialen Umwälzungen in der Heimat ein neues Betätigungsfeld als Gleichberechtigte. Wenn die Bewegung nicht zum Stillstand kommt — und alle Anzeichen deuten auf das Gegenteil hin — dann erwacht den Vereinigten Staaten ein ernstes Problem, denn die Einwanderung der Handarbeiter und der Landwirte aus Europa trug wesentlich zum Aufblühen des Landes bei und war eine seiner stärksten Reichtumsquellen. Es herrscht geradezu Arbeitermangel. Die Arbeitgeber überbieten einander, um Arbeitskräfte zu bekommen. Die Arbeitnehmer lassen sich die Verhöhnung gern gefallen und wünschen natürlich eine Fortdauer dieser angenehmen Zustände. Bei dieser Sachlage wird Uncle Sam die Rückwanderungsbewegung unter seinen fleißigsten und genügsamsten Arbeitskräften kaum auf die leichte Achsel nehmen dürfen. — (Das Schönste ist, daß die Amerikaner auf Zuwanderung gehofft haben. Leider dürfte das von deutscher Seite aus notwendig werden, während die Slawen in ihr Vaterland zurückkehren.)

## Deutschland.

### Hindenburgs Dank für die Abschiedsgrüße.

(W.B.) Kolberg, 1. Juli. Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt folgende Dankes Kundgebung:

Anlässlich meines Rücktritts vom Kommando sind mir aus allen Teilen Deutschlands Abschiedsgrüße und Wünsche in überreicher Zahl zugegangen. Die freundliche Gesinnung, die darin zum Ausdruck gebracht ist, hat mich tief bewegt und wird mich als ein Lichtbild in die Zukunft geleiten. Ich kann leider nicht jedem einzelnen persönlich antworten, danke aber hiermit allen von ganzem Herzen. (gez.) Hindenburg.

### Einführung der diktatorischen Räte-republik in Gotha.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Gotha: Die aus drei Unabhängigen bestehende Regierung legte der Gothaer Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für den Freistaat Gotha vor, in der das reine Räteystem festgelegt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die vollziehende Staatsgewalt wird von den Arbeiter- und Bauernräten ausgeübt. Die Regierungsgeschäfte führt der Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus drei Mitgliedern. Die Kirche wird vom Staate und die Schule wird

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Oberämliche Bekanntmachung betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Vorstand der Versicherungsanstalt Württemberg hat in Stuttgart, Ellwangen, Heilbronn, Ravensburg, Tübingen und Ulm je eine Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten errichtet, bei welchen alle Personen, die an Geschlechtskrankheiten (Syphilis, Tripper, weicher Schanker) leiden oder gelitten haben oder geschlechtskrank zu sein befürchten, kostenlos und streng verschwiegen beraten werden, sofern diese Personen dem Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung versicherten Bevölkerung angehören oder ihr in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht nahe stehen.

Der Oberamtsbezirk Calw ist der Beratungsstelle Stuttgart angegliedert. Diese befindet sich im Verwaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt Württemberg, Rothbüchstr. Nr. 133 und kann Werktags, — ausgenommen Samstags — je von 3—5 Uhr nachm. in Anspruch genommen werden.

Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit und die schwerwiegenden Folgen der Geschlechtskrankheiten wird den davon Befallenen und denjenigen Personen, die befürchten, angesteckt zu sein, dringend geraten, die Stuttgarter Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen. Sie können dies umso leichterem Herzens tun, als ihnen die größte Verschwiegenheit zugesichert ist.

Calw, den 25. Juni 1919.

Oberamtmann G. S.

von der Kirche endgültig getrennt. Religionsunterricht darf nicht mehr erteilt werden. Privatschulen sind verboten. Da im Landtage die Unabhängigen mit 7 von 9 Stimmen die Mehrheit besitzen, dürfte dieser Entwurf angenommen werden.

### Die große Vermögensabgabe.

Die „D. Allg. Ztg.“ meldet aus Weimar, daß der Entwurf über die große Vermögensabgabe der Nationalversammlung erst im Herbst vorgelegt werden dürfte. Der Ertrag soll vornehmlich zur Tilgung der Reichsschulden dienen. Die Vermögensabgabe kann in der Hauptsache in Kriessanleihen erfolgen.

### Unsere Baluta.

Der deutsche Kurs stand am Samstag in der Schweiz auf 38. Also wieder gesunken! Infolge der Nachrichten über die stattgefundenen Lebensmitteländerungen in verschiedenen deutschen Hafenstädten ist der Markkurs an der Amsterdamer Börse abermals gesunken. Es wurden 1850 Gulden für 100 M. bezahlt.

### Sinkende Schleichhandelspreise.

In Berlin sind seit dem Bekanntwerden der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Schleichhandelspreise für Butter von 33 M. auf 25 M. gesunken. Dabei ist das Angebot so stark, daß bei weitem nicht alle Ware verkauft wurde. Dieses plötzliche Massenangebot beweist, daß Butter in sehr beträchtlichen Mengen in Kühlräumen aufgespeichert war, die nun in der Befürchtung vor einem weiteren Preissturz auf den Markt gebracht werden müssen. Wenn es jetzt der Regierung gelingen würde, durch eine verstärkte Einfuhr von dänischer Butter noch das Angebot zu steigern, wäre auf eine wesentliche Besserung der Butterversorgung zu rechnen. In Bremen trafen fünf große Dampfer mit frischen, dänischen Eiern ein und schon sind dort die Bankeier nicht mehr abzusehen; auch in anderen deutschen Häfen sind Dampfer mit Eiern eingelaufen. Es ist also die Zeit vorbei, wo man in den Großstädten ein Ei nicht unter 150 M. erhielt.

## Die Streiks und Unruhen im Reiche.

### Zum Berliner Straßenbahnerstreik.

Berlin, 1. Juli. Laut „D. Z.“ am Mittag“ rechnet die Direktion der Großen Berliner Straßenbahnen mit einer längeren Dauer des Verkehrsstreiks, nachdem alle Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert sind, ist vorläufig an die Aufnahme von neuen Verhandlungen nicht zu denken. Auf dem gleichen Standpunkte steht die Reichs- und Staatsregierung und die Stadt Berlin. Das Reichswirtschaftsamt wick, wie verlautet, einen Aufruf gegen den Vertragsbruch der Angestellten herausbringen. Seit heute früh ist auch der Stadtringbahn- und Vorortsbereich in Groß-Berlin eingestellt, von Amtswegen auf Anordnung des Präsidenten des Eisenbahndirektionsbezirks Groß-Berlin. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, bei dem herrschenden Mangel an Lokomotiven und Wagen und dem schlechten Zustand der Betriebsmittel, glaubte die Eisenbahndirektion, eine Verantwortung für die Sicherheit des Lebens der Fahrgäste nicht mehr übernehmen zu können. Die Einstellung ist eine automatische Folge des Streiks der Straßen- und Untergrundbahner. Die Omnibusfahrer und -Schaffner sowie die Führer der Autobusse haben heute Vormittag noch ihren Dienst getan. Die Stimmung der Angestellten ist angeblich gegen den Streik. Die großen Fabriken innerhalb Berlins haben durchweg ihren Betrieb vollständig aufrecht erhalten. Zumeist halten die großen Unternehmungen rechtzeitig für Fahrgellegenheit gesorgt, für Kollwagen und Lastautomobile, die die Leute zu den Arbeitsstätten brachten. Dagegen fehlen in den Fabrikbetrieben, die in den Vororten liegen, heute früh zahlreiche Arbeiter und Angestellte. Die Regierung geht gegen die Drahtzieher des Groß-Berliner Verkehrsstreiks energisch vor. Zahlreiche Führer der Kommunisten, darunter auch der bekannte Kommunist Herfurth und eine größere Anzahl von revolutionären Obleuten ist festgenommen worden. Ursprünglich war der 19. Mai für den Beginn des Generalstreiks in Aussicht genommen. Der Führer der Unabhängigen hatte die Reichsministerliste für die künftige Räterepublik und die Proklamation vorbereitet.

### Die Zustände an die Angestellten der Berliner Verkehrsanstalten.

\* Berlin, 1. Juli. Der „Wost. Ztg.“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits nächsten Montag den 7. Juli begonnen wird.

Ueber den Verkehrsstreik erfährt daselbst Blatt von zuständiger Seite: In Berlin wird man versuchen, den Verkehr trotz des Streiks der Straßenbahn und Hochbahn soweit als möglich aufrecht zu halten. Der Wagen-, Droschken- und Autoverkehr wird militärisch besetzt werden. Außerdem werden militärische Lastkraftwagen ebenfalls zur Personenbeförderung herangezogen werden. Ob sich der Omnibusverkehr aufrecht erhalten lassen wird, ist noch nicht ganz klar. Die Verwaltung der Omnibusgesellschaft hat den Angestellten eine monatliche Zulage von 60 M. bewilligt, die für die zwei vergangenen Monate nachträglich und für die drei kommenden im Voraus bezahlt wird, so daß die Angestellten sofort 300 M. erhalten und die regelmäßige Lohnerhöhung am 1. Oktober in Kraft tritt. Die Forderung der Angestellten ging auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 700 M., die aber später auf 500 M. herabgesetzt wurde. Ob sie sich mit den Zugeständnissen der Verwaltung zufrieden geben werden, ist noch unentschieden.

### Ein Ultimatum an die preussischen Eisenbahner.

Berlin, 1. Juli. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Debes, erläßt folgende Bekanntmachung: Den Bänken der Eisenbahner folgend, stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die eine Aufwendung von 1½ Millionen erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das äußerste getan, was nach Lage der Staatsfinanzen möglich ist. Sie wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not der Finanzen dies noch irgendwie erlaubt. Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in voller Uebereinstimmung mit dem gesetzgeberischen Vorgehen im Reiche und den Anschauungen der Landesversammlung. Durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal eine weitgehende Mitwirkung an ihr eingeräumt. Sämtliche Eisenbahnerorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben viele Kreise des Personals wiederholt betont, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, sobald der Streik der Reichswehrministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlen, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zustimmung ist der Erlass aufgehoben worden. Trotzdem wird der Streik fortgesetzt. Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Lohnansprüche erheben und die streikenden Beamten kraft des Gesetzes ihres Dienstvertrags für die Dauer der Dienstverpflichtung verlustig gehen, sind die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Zufuhr nach Berlin kommt wegen der Betriebs Einstellung auf den Bahnhöfen ins Stocken. Gegen 9000 Waggons allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stillstehen gekommen, so daß wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen. Vieh muß unterwegs verhungern; Fischereien verderben. Der Streik würde aber auch verhindern, daß die vorbereitete Senkung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbilligten Nahrungsmittel und rechtzeitig durchgeführt werden können. Dadurch wird nicht nur die Ernährung der Millionen Großstadt Berlin, sondern auch der gesamte Volkserwerb aufs schwerste bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges befindet, muß jetzt das Wirtschaftsleben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren. Schwere Herzens, aber im Bewußtsein der ersten mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung sehe ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit den äußersten Mitteln durchzusetzen. Die Beamtenschaft ist sich zum allergrößten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen bewußt und bestrebt, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren. Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Erleichterung des auf ihnen lastenden seelischen Drucks empfunden, wenn ich nunmehr folgenden bestimme: Arbeiter, die nicht bis zum Donnerstag den 3. Juli ihre Arbeit wieder aufnehmen, sind entlassen, ebenso erhalten die Beamten, die nicht bis zum gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen. Für die Sicherheit der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen. gez. Debes.

### Einmarsch der Regierungstruppen in Hamburg.

Hamburg, 1. Juli. Die Besetzung des Ostteils Hamburgs hat sich im allgemeinen ohne Zwischenfall vollzogen. Hauptbahnhof, Rathaus und sonstige Punkte wurden schon am frühen Vormittag von starken Truppenabteilungen besetzt und durch Geschütze und Maschinengewehre besetzt. Drahtverhaue sperren zur Zeit die äußere Umgebung des Rathauses ab. Der Straßenbahnverkehr in der inneren Stadt ist teilweise gesperrt. Das zur Arbeit eilende Publikum ertrug die Sperrung mit gutem Humor. Es füßt sich unter dem Schutze des Militärs sicher und zieht Vergleiche mit den Tagen, in denen der Aufruhr in Hamburg tobte, und Handel und Wandel gänzlich niedriger liegen mußten. Die kleinen Behinderungen des Verkehrs werden deshalb gerne in den Kauf genommen. Nur an einigen Stellen wurden die Truppen vom Publikum in herausfordernder Weise belästigt. An dieser Stelle greift das Militär energisch ein.

Hamburg, 1. Juli. Ueber den Einmarsch der Truppen in Altona wird uns folgendes mitgeteilt: Das 1. bayerische Schützenregiment unter Oberstleutnant Herzog, der durch seine Tätigkeit als Stadtkommandant von München bekannt geworden ist, langte gegen 6 Uhr früh in Altona an. Die Truppen wurden während des Einmarsches wiederholt von den Dächern beschossen, so daß sie von den Waffen Gebrauch machen mußten. Im allgemeinen ist der Einmarsch ruhig verlaufen. Die Besetzung vollzog sich planmäßig. Die Operationen des Abschnittes West stehen unter dem Oberbefehl des Oberstleutnants von Ledebaur.

Hamburg, 1. Juli. Der Einmarsch der Regierungstruppen vollzieht sich in völliger Ruhe. Der Rathausmarkt und die Umgebung des Rathauses sind durch Stacheldraht abgesperrt. Vor dem Rathaus, bei der Börse und an anderen wichtigen Kreuzungspunkten sind Geschütze und Maschinengewehre aufgestellt.

Hamburg, 2. Juli. Wie wir erfahren, ist der Einmarsch der Regierungstruppen in Hamburg allenthalten ohne Schwierigkeiten

von Zuständig-  
Berichte trotz  
Zeit als mög-  
lich und Auto-  
redem werden  
enbeförderung  
sehr aufrecht.  
Die Verwal-  
t eine monat-  
zwei vergan-  
ommenden im  
rt 300 M. er  
l. Oktober in  
ing auf Jah-  
aber später  
en Zuständig-  
ist noch un-

isenbahner.  
arbeiten, Ode-  
Eisenbahner  
mittel zu be-  
Aufwendung  
ke zugute kom-  
ge der Staats-  
hrem Personal  
der Finanzen  
der Eisenbahn-  
dem gesetzge-  
der Landesver-  
auf Grund des  
Mithilfe an  
haben aus-  
nicht billigen.  
olt betont, daß  
Streikverbot  
Arbeitsfreiheit  
auf diese Zu-  
wid der Staat-  
e Lohnausfälle  
s ihres Dienst-  
g gehen, sind  
Zufuhr nach  
Wahnsünden in  
nd auf weiten  
wertvolle Be-  
mungen; Hüh-  
erhöhen, daß  
die Verteilung  
geführt werden  
Millionengroße  
aufschwerste  
der Staat in-  
bet, muß jetzt  
eder in Gang  
und die Be-  
deren Herzog,  
liegenden Ver-  
die Aufnahme  
Die Beamten-  
gegenüber dem  
reichen gleich-  
zu bewahren.  
mit mir nicht  
leichterung des  
ich nunmehr  
sonnerstag den  
ebenfalls erhalten  
Dienst wieder  
Bestimmungen.  
en. bez. Defer.

Hamburg.  
Hamburgs hat  
Hauptbahnhof  
gen Vormittag  
Nähe und Wa-  
eit die nähere  
ehr in der in-  
ende Publikum  
er dem Schutze  
n, in denen der  
gänzlich dar-  
des Verkehrs  
ur an einigen  
erausfordernder  
ergisch ein.  
r Truppen in  
ische Schül-  
e Tätigkeit als  
langte gegen  
end des Ein-  
af sie von den  
der Einmarsch  
ig. Die De-  
seht des Ober-  
struppen voll-  
die Umgebung  
Vor dem Ab-  
ezugspunkten  
Einmarsch der  
Schwierigkeiten

wonstalten gegangen. An einzelnen Punkten kam es zu Reibereien, wobei auch mit der Schusswaffe vorgegangen werden mußte. Soviel bis jetzt bekannt ist, ist ein Toter zu beklagen. Mehrere Zivilpersonen wurden verwundet. Der Freihafen, der unter strenger Bewachung steht, ist vollkommen gesichert. Für die nächsten zwei Tage ist eine allgemeine Waffenruhe angeordnet.

### Deutsche Nationalversammlung. Eine Anfrage über die Verwendung von Reichsgeldern zu Parteizwecken. — Annahme des Siedlungsgesetzes.

Weimar, 1. Juli. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen zuerst Anfragen.

Abg. Mumm (D.N.) fragt nach der Verwendung von Reichsgeldern für Parteizwecke, wie sie durch Verwendung von Druckmaschinen, durch den Werbendienst der deutschen Republik und die Zentrale für Heimatdienst durch portofreie Versendung erfolgt sei.

Geh. Rat Freiherr v. Welsch: Seit Anordnung der Liquidation des Werbendienstes wurden neue Druckaufträge nicht mehr erteilt. Eine Reihe von Aufträgen konnte aber nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Abg. Mumm (D.N.) stellt fest, daß die Antwort in schroffem Widerspruch stehe zu der Antwort des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann, wonach der Werbendienst bereits seit Februar sich jeder Propaganda enthalten habe, und fragt, ob die Regierung nicht beantworten wolle, wie viel Reichsgelder verwendet worden wären. (Eine Antwort erfolgte nicht.)

Auf eine Anfrage der Frau Jieh (U.S.P.) wegen Ueberwachung der Telephonanschlüsse zahlreicher Angehöriger der U.S.P.D. in Berlin erklärt ein Regierungsvertreter, bei der Verhängung des Belagerungszustandes könne die Militärbehörde das Telephongeheimnis aufheben lassen und trage dann dafür die Verantwortung.

Abg. Dr. Graf zu Dohna fragt nach der in Aussicht gestellten reichsgesetzlichen Haftpflicht für Aufrührerschäden. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß ein derartiger Gesetzesentwurf bereits im Staatenauschuss vorliegt und voraussichtlich in einigen Monaten der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Es folgt der Bericht des Haushaltsausschusses über die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, die vom Ausschuss zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet wurden, der in seinem Paragrafen 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zu bilden.

Abg. Mumm (Str.): Im Interesse der Gesundheit unseres Volkes nach der volkswirtschaftlichen, wie nach der ethischen Seite hin, ist bisher erfreulich, daß man heute beinahe von einer Stadtlucht sprechen kann. Dennoch wird man nicht annehmen dürfen, daß sich nunmehr die Umwandlung Deutschlands aus einem Industrie- in einen Agrarstaat rasch vollziehen wird. Die Aufgabe für die Siedlungsstätigkeit muß zunächst die Schaffung von Bauerntütern mittlerer Größe sein, da diese am besten in der Lage sind, sich den wechselnden Bedingungen der Erzeugung und des Absatzes anzupassen. Die Siedlungsstätigkeit wird vor allen Dingen auch die Aufgabe haben, die Landarbeiterfrage lösen zu helfen, denn mehr als je brauchen wir auf dem Lande einen Stand intelligenter und leistungsfähiger Arbeiter. Gemeinde, Kreise, Provinzen und Staat müssen zur Förderung des Siedlungswesens zusammenwirken.

Abg. Schmidhals (Demokrat): Es müßten in der Landwirtschaft weniger Großbetriebe und mehr Kleinbetriebe geschaffen werden; denn viele Arbeiten werden in der Landwirtschaft in den Kleinbetrieben viel sorgfältiger gemacht, als es in den großen möglich ist. Wenn wir die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht wieder aufs Land hinausbringen, müssen sie auswandern. Dieses Gesetz kann dazu beitragen, diese Aufgabe zu lösen. Die Bodenpreise sind jetzt allerdings sehr hoch. Aber man darf hier auch nicht zu ängstlich sein. Wir müssen daran arbeiten, daß das deutsche Volk wieder Lust und Liebe zur Arbeit bekommt und ich glaube, daß dieses Gesetz ein Weg dazu ist.

Abg. Löwe (Soz.): Ich begrüße dieses Gesetz, weil es endlich ein Versprechen erfüllt, das den Kriegsteilnehmern gegeben worden ist. Wir haben die besondere Bitte, daß die Siedlungsgesellschaften nach Fertigstellung des Gesetzes nun endlich mit Vollkraft zu arbeiten anfangen.

Abg. Dr. Köpcke (D.N.): Die Siedlung soll Zufriedenheit schaffen. Zufriedenheit ist die Grundlage für die Wiedererstattung Deutschlands. Bei der Gründung von Siedlungen ist darauf zu achten, daß die Rentabilität gesichert bleibt; sonst bringt sie keine Vorteile, sondern Gefahren. Besonders schwierige Verhältnisse schaffen uns in dieser Hinsicht die hohen Baukosten. Der Landwirtschaft wird gerade in der nächsten Zukunft größte Bedeutung zuzusprechen sein. Wir haben immer für den Gedanken gekämpft, daß Deutschland sich möglichst selbst ernähren könne. Das Gesetz genügt nicht in allen Punkten. Redner bedauert, daß die Regierung für die Angelegenheit so wenig Interesse, daß niemand von ihr anwesend sei.

Regierungskommissar für das Wohnungswesen Scheidt entschuldigt die Abwesenheit des Kabinetts infolge außerordentlich wichtiger Beratungen. Die Schwierigkeit der Durchführung des Gesetzes besteht in der Hauptsache in dem Mangel an Baustoffen. Für die Bauwirtschaft fehlt eigentlich alles, namentlich Ziegel und Kalk. Das Reich hat 505 Millionen M für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt, die aber bei weitem nicht ausreichen; denn wir werden jährlich ungefähr 5 Milliarden brauchen. Ich möchte die Landwirte warnen, wie es heute wohl vielfach der Fall ist, mit ihren Bauten zu warten, bis wieder Ziegel zur Verfügung stehen. Denn dann sind die 500 Millionen verbraucht, und es können weitere Bauzuschüsse nicht gezahlt werden.

Abg. Dufche (D.N. Vp.): Man sollte möglichst viel neue Siedlungen schaffen und dabei nach Möglichkeit auch die Kriegsbeschädigten und diejenigen berücksichtigen, die aus den uns jetzt verlorengelassenen Landesteilen zurückwandern. Ganz besonders wichtig scheint mir die Bestimmung über die Schaffung von Pachland für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Wenn man mehr ländliche Arbeiter auf

das Land hinausbekommen will, dann wird man sich vor allem entschließen müssen, die Arbeitslosenunterstützungen sehr erheblich herabzusetzen. Ferner sollte die Regierung rechtzeitig Maßnahmen treffen, um unter allen Umständen die Gefahr von Streiks unter den landwirtschaftlichen Arbeitern zu bannen, und überhaupt dem Streikfieber energisch entgegenzutreten.

Abg. Wurm (U.S.): Das Gesetz erweckt trügerische Hoffnungen; deshalb werden wir dagegen stimmen. Für neue Siedlungen ist kein Augenblick ungünstiger als der jetzige bei den hohen Bau- und Grundstückspreisen. Anstelle der Privatwirtschaft muß die Gemeinwirtschaft treten.

Reg.-Kommissar Prof. Sering: Der Großbetrieb wird in Deutschland immer eine Rolle spielen. Von den heutigen Großgrundbesitzern wird großes soziales Empfinden verlangt; sollen sie doch für Siedlungszwecke Boden hergeben zum gemeinen Werte, wie er sich berechnet ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Krieges. Das Volk muß sich über dieses Siedlungsgesetz freuen.

Abg. D. Heim (Str.): Die Schaffung kleiner Erbsitzen ist ein konservativer Gedanke; er läßt sich nur genossenschaftlich verwirklichen. Sozialisierung würde die deutsche Produktion erschweren. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir wieder mehr Agrarland werden.

Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung mit einigen Änderungen angenommen. Die dritte Lesung wird ausgesetzt, da sich über den § 24 keine Einigung erzielen ließ. — Schluß 10.9 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr nachm. Interpellationen. Zweite Lesung des Verfassungsentwurfs.

### Zur Geschäftslage der Nationalversammlung.

Weimar, 1. Juli. Der Vorkonferenzrat der Nationalversammlung einigte sich in seiner heutigen Sitzung dahin, das Siedlungsgesetz noch heute in allen 3 Lesungen zu beraten und morgen Mittwoch 2 Uhr mit der 3. Lesung der Verfassungsvorlage zu beginnen. Man hofft, in dieser Woche mit der 3. Lesung der Verfassungsvorlage fertig zu werden. In der nächsten Sitzung sollen dann die zehn Steuervorlagen in Angriff genommen werden. Man hofft, die erste Lesung dieser Steuervorlagen in 3 Tagen erledigen zu können. Hierauf (11. und 12. Juli) sollen die Verfassungsvorlagen in dritter Lesung ihre Verabschiedung finden. Dabei wird eine ausgiebige Generaldiskussion zugelassen werden. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuern und die großen Vermögensabgaben noch im Juli in allen drei Lesungen verabschiedet werden, um sofort in die Wirksamkeit treten zu können. Man hofft, bis Ende Juli den vorliegenden Arbeitsstoff bewältigt zu haben. Ende August werden die Steuerauschlüsse in Berlin zusammenzutreten. Das Neuwahlgesetz wird vom Oktober bis Dezember in Berlin liegen. Neuwahlen werden voraussichtlich im Januar stattfinden.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Juli 1918.

### Erschwerung der Kontrolltätigkeit des Kriegswuchereramtes.

Vom Landespolizeiamt wird mitgeteilt: In Mönchsheim Oa. Leonberg wurden am Pfingstsonntag von Beamten des Kriegswuchereramtes die Weggereien kontrolliert. Es wurden Schwarzschlachten festgestellt. In der Regenerlei „zum Ochsen“ wurde dem Vorgehen der Beamten Widerstand entgegengesetzt. Die Folge war eine größere Ansammlung von Einwohnern, die die Beamten lässlich angriffen, zu Boden schlugen und mißhandelten. Die Schusswaffe, die einer zu seiner Verteidigung gezogen hatte, war ihm, ohne daß er zum Schießen kam, entwunden worden. Durch das Eingreifen des Ortsvorstehers wurden die Beamten zum Rathaus geschleppt, wo sich aber die Gewalttätigkeiten fortsetzten. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wurde nun eine größere Anzahl der inzwischen ermittelten Täter durch Beamte des Landespolizeiamtes festgenommen und unter militärischer Bedeckung dem Amtsgericht Leonberg geliefert. Sie setzen ihrer Verhaftung entgegen. Die Vorgänge wurden von der Presse zum Teil völlig entstellt wiedergegeben. — Die Erschwerung der Kontrolltätigkeit des Kriegswuchereramtes nimmt zu und die Fälle von Mißhandlungen von Beamten in Ausübung ihres ohnehin schwierigen Dienstes mehren sich. Das Landespolizeiamt wird in allen solchen Fällen, wenn nötig mit militärischer Hilfe, die schärfsten Maßnahmen ergreifen und die Schuldigen zur Bestrafung bringen. Es bittet um die Unterstützung auch seitens der Presse.

### Glänzendes Ergebnis der Ludendorffspende.

\* Nach den Berliner Abendblättern hat die Ludendorffspende bis zum Mai d. J. rund 155 Millionen M eingebracht. Die Beiträge werden von der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur ergänzenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten verwandt werden.

### „Das Dreimäderlhaus“

hat nun auch in Calw seinen Einzug gehalten, und wie überall ein volles Haus und großen Erfolg erzielt. Was man im allgemeinen über das Stück sagen kann, ist ja bekannt. Die „Komponisten“ des dreiaktigen Singspiels, deren Namen hervorgehoben gehört, Dr. Willmer und H. Reichert, haben sich angelehnt ihrer Unfähigkeit, eigene Musik zu schaffen, ihre Aufgabe leicht gemacht, indem sie einfach Schuberts Lieder und seine „deutschen Tänze“ mit einem Libretto verknüpften, das zu der sonst nicht üblichen „Nadempfindung“ fremder Musik die Geschmacklosigkeit fügte, den feinsinnigen Komponisten selbst als eine gefühlvolle, erbarungswürdige Lotteriegeld auf die Bühne zu zeren. Diese Verwendung fremder Musik bedeutet die Bankrotterklärung der heutigen Vertreter der heiteren musikalischen Muse, die sich ja schon seit Jahren durch die letzten Erzeugnisse als offenbar mit Hirschwand behaftet kennzeichnete. Man läßt sich die Einflechtung Schubertscher Lieder noch gefallen, aber die Unterlegung der so fein und vornehm stilisierten Schubertschen Tänze, die echte deutsche Haus- und Konzertmusik darstellen, mit einem derartig holprigen, rührseligen Text, das muß doch als das höchste an musikalischer Entgeisterung der nur vom modernen Geschäftsgeist geleiteten Verfasser festgenagelt werden. Abgegeben von der Gestalt Schuberts ist das Libretto besser, als die Nach-

werke der letzten Jahre. Es trifft den Wiener Ton der Hebermeierzeit recht gut, und die Handlung ist nicht ungeschickt durchgeführt. — Was die Aufführung im „Bad. Hof“ durch Mitglieder des Neuen Theaters Darmstadt anbelangt, so kann sie den Verhältnissen entsprechend als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Die szenischen Ausstattungsmöglichkeiten waren naturgemäß beschränkt, die Schwierigkeiten wurden aber recht gut überwunden. Daß für die Nebenrollen Dilettanten genommen wurden, kann man der Gesellschaft ebenfalls nicht verübeln, denn das hätte ihre Aufwendungen noch weiter erhöht. Das „Dreimäderlhaus“ war in Gestalt des Herrn Kapellmeisters Harbege am Klavier durchaus befriedigend, so daß der Gesamteindruck, wie oben schon gesagt, ein recht guter war, was auch aus dem jeweiligen starken Beifall hervorging. Die Hauptdarsteller, namentlich der Schubert und der Hofglasermeister, aber auch der Baron Schöber zeigten ein flottes Spiel, und ebenso das Hannerl, die Frau Hofglasermeister und die Grisi. Die verschiedenen Tanz- und Gesangsnummern waren recht hübsch gestellt, und wurden auch gut gesungen, und so darf man, immer die Verhältnisse in Betracht gezogen, die ganze Veranstaltung als gelungen bezeichnen. — Morgen wird das Stück wiederholt, und wir haben keinen Zweifel, daß die Veranstaltung auch morgen gut besetzt sein wird, denn vom Publikum kann man keine geschichtlich-musikalischen Strapazen verlangen, das „Dreimäderlhaus“ muß man gesehen haben, wie man die „Lustige Witwe“ oder die „Czardasfürstin“ kennen muß; denn man muß doch auch die „Schlager“ auf der Bühne gesehen haben, die heute jeder Gastenunge pfeift. Und überhaupt gehört das „Dreimäderlhaus“ jetzt zur Mode, wenn sie in der Großstadt auch schon wieder abgetragen ist, und bekanntlich ist die Mode eine Tyrannin, deren Gewalt sich nur wenige zu entziehen vermögen, und das sind eben dann un-ausföhlliche Eigenbrödl.

### Das Räteystem und die Staatsbeamten.

(SW.) Stuttgart, 1. Juli. Am Montagabend fand im Friedrichsbau auf Einladung des Bundes der württ. Verkehrsbeamten, die auch an die Ausschussmitglieder der den Staatsbeamtenverbänden angegliederten Vereinigungen ergangen war, unter zahlreicher Beteiligung ein Vortrag des Herrn Ködlich vom Württ. Eisenbahnerverband statt über „Die kommenden Betriebsräte in der Staatsverwaltung“. Der Redner gab im ersten Teil seines Vortrags zunächst ein allgemeines Bild über die Entwicklung des Betriebsgebäudes, der auf das Bedürfnis des Arbeitnehmers nach Mitbestimmung, recht und Mitgeltung hinauslaufe. Das Persönliche des Menschen wolle wieder in die Erscheinung treten. Man dürfe sich keinem Zweifel hingeben, daß es sich in den nächsten Jahren jedenfalls nicht mehr um die schrankenlose Freiheitsbewirtschaftung handeln könne. Die Verschwendung der Arbeitsleistung müsse einem Sparsystem weichen und so bleibe für viele Gebiete die Zwangsbewirtschaftung. Nichtsdestoweniger sei, wenn auch die Profitgagd des einzelnen dem Wohle der Allgemeinheit zurückzuführen habe, der Unternehmerrgeist nicht zu entbehren. Der soziale Gedankengang sei unzustellen; aber das verheerende Schlagwort: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ dürfe nicht mißverstanden werden. Die Räte seien nicht dazu da, lediglich weitere Machtbefugnisse zur Diktatur zu bringen, sondern sie sollen dem Gemeinwohl dienen. Redner besprach nun eingehend den Gesetzentwurf über die Betriebsräte und wies darauf hin, daß dies nur der Unterbau für das künftige Arbeiterparlament sein könne. Weitere Gesetze über Beiräte (Beamtenauschüsse usw.) seien in Vorbereitung. Daß die Betriebsräte nur ratend dem Betrieb zur Seite stehen sollen, könne nicht befriedigen. In dieser Art seien die Betriebsräte nur erweiterte Arbeiterauschüsse ohne Einspruchsrecht auf die Betriebe. Wenn die künftigen Beamtenauschüsse nicht mehr Rechte bekämen als diese Betriebsräte, so verschlechterte sich der Zustand gegenüber den jetzt schon zum Teil eingeführten Beamtenbeiräten. Redner zog nun die neuerdings bei den Verkehrsanstalten bereits eingeführten Beamtenbeiräte in Vergleich mit dem künftigen. Wenn auch manche Verbesserung erreicht sei, so sei noch viel Mienstaub und Bürokratismus geblieben. Ein Fehler liege in der ehrenamtlichen Tätigkeit der Beiräte und darin, daß die Sache erst von außen kommen müsse, statt, daß der Beirat durch seine Organisation selbst die Verwaltung beeinflussen könne. Dazu gehöre Einblick und Mitwirkung. Von vornherein sollte bei allen Entscheidungen und Verfügungen, die den Betrieb und Betriebsmitarbeiter betreffen, das mitbestimmende Recht der Beamten gegeben sein. Das Gefühl der Schikane würde unter der Mitverantwortlichkeit schwinden, Pflichtgefühl und sittlich ernste Auffassung wachsen. Die Räte — ob der Name glücklich und zu ändern sei, gibt Redner zu bedenken — seien ein gutes Mittel dazu, weil der Mann seiner Mitwirkung sich bewußt werde, bessere Einsicht bekommen und Freude an der Mitarbeit gewinne. Darauf beruhe die Gefundung der Verhältnisse und Besserung der Zukunft. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw, Druck und Verlag der A. Döschlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

## Schürzen

aus guten Stoffen gefertigt:  
Knabenschürzen,  
Russenkittel,  
Kinderfächer,  
Zierschürzen,  
Trägerschürzen,  
Hauschürzen.

Paul Röchle, vorm. J. Steudle,  
Calw am Markt.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Die auf Nr. 143 bestellten Teigwaren können gekauft werden. Auf 1 Anteil entfallen 750 Gramm.

Meiner werten Kundschaft von hier u. Umgebung mache ich die höfliche Mitteilung, daß ich meine  
**Geschirr-Handlung**  
in das von mir künstlich erworbene  
**früher Pflich'sche Haus Vorstadt 285**  
verlegt habe.  
Indem ich für das mir seither bewiesene Vertrauen bestens danke, bitte ich daselbe mir auch fernerhin bewahren zu wollen.  
Hochachtungsvoll  
**Albert Knoll, Geschirr-Handlung,**  
Vorstadt 285.

**Aberverkalkung, Schwindelanfälle,**  
Herzbekeimmungen, Angst- und Schwächezustände  
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.  
**Dr. Gebhard & Cie.,** Berlin W 35,  
Potsdamer Str. 104a.

**Keine Wanze mehr für 2 Mk.**  
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodan 1 u. II zu erzielen.  
Setzt beste Zeit zur Brutvernichtung.  
Erfolg verblichend. Kinderleicht anzuwenden. Gesehlich geschützt.  
Viele Dankschreib. Doppelpack. 2 Mk. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.  
Alleinverkauf: Drog. C. Huthsteiner.  
Bei Einlieferung von Mk. 2.40 oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zuf. durch Herrn. A. Groedel, Berlin, Königgräberstraße 49.

**Ein guter Trunk**  
  
Ist Ihnen gesichert trotz der **Getränkenot** wenn Sie zur Bereitung von **Hausbrunnen** Dr. Schweizers **Kunstmostsubstantz** **'Samovino'** verwenden. Dieses altbewährte Getränk einfach mit Zucker im Mörser angelehrt vergärt rasch zu einem alkoholhaltigen Getränk, das wie guter Obstmost schmeckt u. an Güte u. Bekömmlichkeit unübertroffen ist.  
150 L. 100 L. 75 L. 50 L.  
10.- 7.50 6.20 5.-  
Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme **'Samovino'** mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmostähnlichen Getränkes.  
150 L. 100 L. 75 L. 50 L.  
12.- 9.- 7.50 5.80  
in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.  
Nährwertwert  
**Dr. Schweizer, Eßlingen.**

Verkaufe meinen wachsamem 7/8 jährigen, schwarzen **Halbhund** (Hündin) Tausche auch gegen jungen Schnauzer.  
**M. Burghardt, Liebenzell,** Brunnengasse Nr. 31.

Zu verkaufen **mehrere Tauben.**  
Nähere Auskunft untere Marktstraße 76 II.

  
**Singhühner u. Jungenten**  
noch größere Anzahl abzugeben Landraße, 6-7 Monat alt, à 18-20 Mark.  
Jungenten, 6 Wochen alt, à 10 Mk., ältere 12-15 Mk.  
**Raffegestügelhof Wagner,** Enzweihingen, Wttbg.

**Biehelsberg.**  
Zu verkaufen ein schönes, jähriges  
**Stut-Fohlen.**  
M. Dehlschlager.

  
**1 Hellbraun-Stute** 8 jährig, schweren Schlags, wird dem Verkaufe ausgelegt.  
Näheres sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**Fischwasserfrevler!**  
In unserem Fischwasser der Teinach (Breitenberger Bäche) oberhalb der Weitenmühle wurde in letzten Tagen durch Einwurf von Kalk der ganze Fischbestand zerstört. Für Angaben, die die Bestrafung der Täter ermöglichen, setzen wir **eine Belohnung von 100 Mark aus.**  
Eine weitere Belohnung von je 10 Mark stellen wir demjenigen in Aussicht der uns **Forellendiebstähle** zur Anzeige bringt, so daß sie gerichtlich verfolgt werden können.  
**Bad Teinach, den 2. Juli 1919.**  
**Adolf Andler,**  
**Emil Boshardt.**

Eingetroffen:  
**Rein wollene Strickgarne**  
**Heinr. Rühle, Calw.**

**Brosche (gemalt) verloren**  
auf dem Wege von Meggergasse zum Badischen Hof.  
Abzugeben gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einen neuen **Kleiderkasten** sowie eine neue **Herren-Uhr** samt Kette setzt dem Verkauf aus.  
**Georg Dittus,** Stammheim.

2 guterhaltene **Bettstellen** zu verkaufen  
**Altburgerstraße 247.**

  
**Fahrrad** mit guter Gummibereifung  
setzt dem Verkauf aus  
**Eugen Kappler,** Ottenbronn.

**Senfesaat**  
ist eingetroffen bei  
**Röhm-Dalcolmo,** Marktplatz.

**80 Str. gutes, unberegetes Heu**  
hat abzugeben.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**Spehardt.**  
Einen schönen **Schaffochsen** hat zu verkaufen  
**Philipp Böhler.**

Sehe ein **Maßpferd** wegen Entbehrlichkeit dem Verkauf aus.  
Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.

**Rockstoff, Hemd- u. Blusenflanell** empfehlen **Franz und Frida Mann,** Kronenstr. Nr. 106.

Interessante Bücher.  
Verzeichnisse gratis und franko.  
Aftaverlag München 23/60.  
Kaufe **Baden- und Württemberg-Kreuzermarken,** möglichst auf Brief, jedes Quantum. Angebote an **Bürgerstraße Nau, Calw.**

**Wohnungs-Gesuch.**  
Ein Beamter, der demnächst in den Ruhestand treten wird, sucht auf 1. Oktober oder später eine 5-6 **Zimmerwohnung,** wenn möglich mit Gartenanteil.  
Gest. Anträge unter E. 32 werden an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Für 17 jährigen Schüler der Ober-Realschule suche **Wohnung und gute Beköstigung.**  
Stadt oder Umgegend.  
**Louise Zanzen,** Dortmund, Hansastraße 61.

Sofort oder später eine helle, geräumige **Werkstatt** gesucht,  
für ruhigen, sauberen Betrieb, oder sonst ein dazu geeignetes Lokal, aber nicht unter 30 Quadratmeter mit oder ohne Wohnung.  
Gefällige Angebote sind sofort unter E. 201 an die Geschäftsstelle des Blattes einzusenden.

Für einen fleißigen, aber schwachbegabten jungen Mann, wird dauernde **Beschäftigung bei einem Landwirt** bis 1. August gesucht.  
Ankunft erteilt der Pfleger **Jacob Kirchherr,** Stammheim b. Calw.

**Theater in Calw, Bad. Hof.**  
Donnerstag, 3. Juli, abends 8 Uhr:  
**Letztes Gastspiel des Darmstädter „Neuen Theaters“.**  
Mit eigener Ausstattung.  
In der Original-Inszenierung  
**Das Dreimäderlhaus**  
Singspiel v. Willner u. Reichert. Musik v. Frz. Schubert.  
Preise im Vorverkauf, Herrn Friseur Witz: Sperrplatz (numm.) Mk. 3.—, 1. Platz (unnumm.) Mk. 2.—, Stehplatz (nur an der Abendkasse) Mk. 1.—.  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Gesucht werden:  
**2 tüchtige Langholzfuhrleute**  
bei 90 Mark Wochenlohn bei **Gg. Gengenbach Söhne, Sägewerk, Dillweissenstein (Baden).**

Suche ein braves, fleißiges **Mädchen** für Küche und Haushalt für sofort oder 15. Juli.  
**M. Gengenbach, z. Herzog Eberhardt, Bad Liebenzell.**

**Mädchen,** kräftiges, nicht zu jung, für Zimmer- und Hausarbeit bei guter Bezahlung auf sofort gesucht.  
**Pension Blessing,** Schömburg bei Wildbad.

**Pforzheim.**  
**Fleißiges Mädchen** für Küche und Haushalt findet Stellung bei  
**H. Odenwald, Lamenstr. 19, 1. Stock.**

**Pforzheim.**  
Auf sofort oder später suche ich ein gutempfohlenes **tüchtiges Mädchen,** das gut kochen kann, für Küche und Hausarbeit, evtl. ein jüngeres Mädchen zur Aushilfe.  
**Frau Großkaufmann E. Kagenberger,** Leop.-Platz 50, 1. St.

**Nähmaschinen, schwarz und weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 Mk., 4 Proberollen M. 4.40. H. Flügge, München 45 82.**

**Pforzheim.**  
Braves ehrliches **Mädchen** für sofort gesucht.  
**Lippert, Kienlestraße 15.**

Ein selbständig arbeitendes **Mädchen** für sofort oder 15. Juli bei gutem Lohn und Behandlung gesucht.  
**Gottlieb Frommer, Pforzheim, Kolonialwarengeschäft, Sofienstraße 25.**

**Pforzheim.**  
Suche wegen Verheiratung der jetzigen Mädchen auf 1. August oder früher eine Köchin, die auch Hausarbeit mit übernimmt, und ein Zimmermädchen, welches auch Liebe zu Kindern hat. Frau **R. Engelhard, Friedenstr. 63.**

Ein ordentliches **Dienstmädchen** findet sofort oder später gute Stelle.  
**Frau Mod, Pforzheim, Kronprinzenstraße 6.**

**Mädchen,** fleißiges, ehrliches, das kochen kann in gutes Haus nach Karlsruhe gesucht.  
Angebote mit Zeugnis und Lohnansprüchen an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Spar- u. Vorschußbank**  
eingetr. Genossenschaft m. b. H.  
**Agentur der Württ. Notenbank Calw**  
**Eröffnung v. laufend. Rechnungen und Scheck-Konten.**  
**Sparkasse** { Annahme von Geldeinlagen gegen Kündigung.  
**An- u. Verkauf von Wertpapieren,** unter gewissenhafter fachmännischer Beratung.  
**5 % Reichsanleihe** stets vorrätig.